

Zeitschrift: Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2015)
Heft: 1

Artikel: Hinter verschlossenen Türen verhandeln
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-638560>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hinter verschlossenen Türen verhandeln

Über ein Jahr lang beschäftigte sich die Kommission für Umwelt, Energie und Raumplanung des Nationalrates mit dem ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 – hinter verschlossenen Türen. Welche Vor- und Nachteile bringt das Kommissionsgeheimnis mit sich?

Die Debatten der Wintersession des Parlaments konnte man live im Internet verfolgen. Diskutiert wurde unter anderem über das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050. Doch keine Kamera filmte die vorgängigen Beratungen der Vorlage in der 25-köpfigen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N). Ihre Sitzungsprotokolle sind, im Gegensatz zu den Wortprotokollen der Plenumsdiskussionen, nicht öffentlich einsehbar. Der Kommission bleibt es vorbehalten, über ihre Arbeit zu informieren, z.B. via Medienmitteilung oder Berichten. Wie sich die einzelnen Sitzungsteilnehmenden äussern oder abstimmen, unterliegt jedoch in der Regel dem Kommissionsgeheimnis gemäss Artikel 47 des Parlamentsgesetzes über Vertraulichkeit. «Wichtig ist das Resultat, nicht die Details darüber, wie es zustande kam», sagt Hans Killer, Kommissionspräsident der UREK-N. Sachlich habe die Kommission nichts zu verstecken. Über die Art des kommissionsinternen Umgangs will er sich jedoch nicht äussern.

Dies ist laut Professor André Bächtiger gut so. Der Politologe doziert unter anderem an der Universität Luzern zum Thema Demokratie und Deliberation. Letzterer Begriff stammt aus dem Englischen und umschreibt das Abwägen von Argumenten bei der Entscheidungsfindung. «Ohne das Kommissionsgeheimnis wäre die Qualität der Diskussionen nicht so hoch», ist Bächtiger überzeugt. «Auch die Kreativität ginge verloren.» Nur bei Kommissionsverhandlungen – unter Ausschluss

der Öffentlichkeit – sei es beispielsweise möglich, auch mal «dumme» Fragen zu stellen, ohne dass man gleich als jemand dasteht, der keine Ahnung vom Thema hat. Zudem seien Meinungsänderungen aufgrund von bisher nicht bedachten Teilaspekten laut Bächtiger leichter möglich. «Wären die Kommissionsitzungen hingegen öffentlich, würden Medienschaffende die Politikerinnen und Politiker wahrscheinlich als Fähnchen im Wind darstellen, die opportunistisch handeln.»

«Ohne das Kommissionsgeheimnis wäre die Qualität der Diskussionen nicht so hoch.»

André Bächtiger, Professor an der Universität Luzern

Mehr Verhandlungsspielraum

Hinter verschlossenen Türen verhielten sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier seiner Meinung nach anders, da sie eher von ihren Parteipositionen abweichen könnten, um mehrheitsfähige Deals zu machen. In der Öffentlichkeit sei der Anreiz für rhetorische Äusserungen höher. Bei öffentlichen Diskussionen versuche man primär die Standarderwartungen zu erfüllen, um die eigenen Wahlchancen zu erhöhen.

Nachträglich muss der Entscheid der Kommission im Plenum gerechtfertigt werden. Dadurch entsteht eine gewisse Transparenz. Haben die Wählerinnen und Wähler auch das Anrecht zu wissen, wie «ihre» Politiker sich in jeder einzelnen Kommissionssitzung verhalten haben? Etwa ein Jahr lang hat die

Kommission über die Energiestrategie 2050 beraten. «Wenn der Stand der Teilberatungen bereits öffentlich wäre oder Einzelheiten zu Abstimmungsentscheiden offengelegt werden müssten, würde man die Chance verlieren, unvoreingenommen weiterzudiskutieren», sagt Killer. Kritische Stimmen fordern die Aufhebung des Kommissionsgeheimnisses. Für derartige Anliegen hat er Verständnis; aber er ist überzeugt, dass dies keine Vorteile bringen würde.

Diese Meinung teilt auch Bächtiger: «Wer mehr Transparenz fordert, sollte sich bewusst sein, dass dies nicht automatisch zu mehr Demokratie führen würde, wie das Beispiel USA zeigt.» Dort sind alle Ausschüsse öffentlich – aufgrund der Sunshine-Gesetze, die in den 70er-Jahren in Folge von Transparenzforderungen erlassen wurden. Deals würden seither eher in Hinterzimmern abgeschlossen, z.T. werde sogar auf den Männer-WC weiterdiskutiert. Dies kann laut Bächtiger zu einem Ausschluss von Minderheiten führen, bei einem männerdominierten Ausschuss etwa von Frauen. Dabei würden sich Männer gemäss Studien respektvoller verhalten, wenn mehr Frauen anwesend sind. «Je heterogener die Zusammensetzung der Kommission ist, desto besser ist die Qualität der Debatte.»

Von links nach rechts:
«Classe politique»-Sendung
mit Hans Killer, Christian
Wasserfallen, Hans Grunder
und Eric Nussbaumer



Doch auch hierzulande steigt laut Bächtiger das Risiko, dass sich wichtige Absprachen künftig auf andere Orte bzw. Gremien verlagern, beispielsweise auf kantonale Ebene. Aktuelle Trends wie Indiskretionen via Twitter, eine zunehmende Parteipolarisierung und die Mediatisierung der Politik führten dazu, dass das Kommissionsgeheimnis nicht unter allen Umständen gewahrt werde. «Eine Kommission ist heute kein geschützter Ort mehr.»

Dank moderner Kommunikationsmittel könnte heute jeder weitgehend unbemerkt Inhalte der Kommissionssitzung an Dritte weitergeben. Dessen ist sich der Kommissionspräsident bewusst. «Nicht alle schätzen das Kommissionsgeheimnis gleich hoch ein. Wenn man dann fragt, wer dagegen verstossen habe, war es natürlich niemand.» Angesichts des wachsenden Drucks der Sonntagspresse auf der Jagd nach Primeuren erinnert er daher seine Kommissionsmitglieder bei Bedarf an das geltende Kommissionsgeheimnis.

Medienwirksame Auftritte

«Ohne jemanden anschwärzen zu wollen: Dass Kommissionsmitglieder nach einem Entscheid ihre eigene Position darlegen, ist nichts Ungewöhnliches», sagt Christian Brönnimann, der für den Bund und den Tages-Anzeiger arbeitet. Auch in einer «Class Politique»-Sendung im September 2014 äusserten sich vier Kommissionsmitglieder der UREK zur Energiepolitik und Förderung von Wasserkraft, darunter Kommissionspräsident

Hans Killer. «Wenn die Mehrheit gegen einen entscheidet, muss sich jeder selbst darüber im klaren sein, wie weit er sich öffentlich aus dem Fenster lehnen will», sagt Killer. Auch wenn es zum politischen Spiel gehöre, schätze er es nicht, wenn sich jemand in der Öffentlichkeit gezielt und persönlich gegen einen Mehrheitsbeschluss der Kommission äussert und sich somit nicht kollegial verhält. Gerade bei Wahlen könne es allerdings vorkommen, dass sich einzelne Kommissionsmitglieder in den Medien vom Mehrheitsentscheid distanzieren, um sich Vorteile zu sichern.

In Deutschland etwa zeigt sich laut Bächtiger bereits im Umgangston während den Sitzungen, dass in Wahljahren weniger Respekt vorherrscht. In einer neuen Studie will er untersuchen, wie sich die politischen Debatten hierzulande seit den 70er-Jahren bezüglich Parteiparolen und Wahlkampfeffekten entwickelt haben.

Umstrittene Energiethemen eignen sich womöglich weniger für kreative Diskussionen, da die Bereitschaft dem Gegenüber zuzuhören könnten daher laut Bächtiger durchaus positive Folgen haben. «Nordische Länder machen vor, wie Politiker unter Umständen angesichts des Wissens von Experten stranden können», sagt er. «Einflussreiche Stimmen aus der Verwaltung könnten gewaltige Wirkung haben, beispielsweise wenn es um die nötige Expertise geht, einen Reaktor abzubauen.»

Aus der Sicht der Verwaltung kann es eine kommunikative Herausforderung sein, dass es das Kommissionsgeheimnis zwar gibt, sich aber nicht alle daran halten, wie Nico Häusler, Fachspezialist für Bundesrats- und Parlamentsgeschäfte beim BFE, sagt. «Insbesondere bei umfangreichen Gesetzgebungsprojekten wie der Energiestrategie 2050 kann es vorkommen, dass noch nicht öffentliche Beratungsergebnisse in den betroffenen Kreisen diskutiert werden. Bei Anfragen muss uns BFE-Mitarbeitenden daher stets bewusst sein, was bereits öffentlich ist und was nicht.»

Herausforderungen für Demokratie

Killer ist überzeugt, dass es neben dem Kommissionsgeheimnis auch öffentliche Debatten, beispielsweise in Form von Podiumsdiskussionen, braucht. In einem neuen Forschungsprojekt des nationalen Forschungsschwerpunkts Demokratie (NCCR Democracy) will Bächtiger nun in einem internationalen Ländervergleich mittels Gruppendiskussionen ermitteln, wie viel Transparenz die Bürgerinnen und Bürger wollen, wie viel Bürgerbeteiligung und wie viel Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Sind sie damit zufrieden, dass ihnen erst hinterher erklärt wird, warum die Politik so oder so entschieden hat? So wird sich zeigen, ob wirklich ein Wunsch nach der Live-Übertragung aller parlamentarischer Debatten besteht. (bra)

Drei Fragen an die Präsidenten der Bundesratsparteien



Philipp Müller, FDP



Christian Levrat, SP



Christophe Darbellay, CVP



Toni Brunner, SVP



Martin Landolt, BDP

Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei 2015 in der Energiepolitik und welche Rolle spielen diese in Ihrem Wahlkampf?

Wir wollen eine Energiepolitik, die die Energieversorgungssicherheit gewährleistet, die bestehenden Subventionen durch ein Lenkungssystem ersetzt und die Potenziale für mehr Energieeffizienz besser nutzt. Dies werden wir auch in unserem Wahlkampf immer wieder betonen.

Die SP will die Energiewende: Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomkraft, Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energien und griffige Massnahmen zur Energieeffizienz. Langfristig wollen wir eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien. Die Energiewende hat für die SP hohe Priorität, auch im Wahlkampf.

Wir wollen eine verbesserte Energieeffizienz, erneuerbare Energien fördern – prioritär durch den Abbau der KEV-Warteliste, die Versorgungssicherheit gewährleisten und die Energieautonomie der Schweiz erhöhen. Mit der Behandlung der neuen Energiestrategie 2050 im Parlament wird dieses für uns wichtige Thema uns das ganze Wahljahr über beschäftigen.

Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates wird auch im kommenden Jahr die Schweizer Politik beschäftigen. Ziel unserer Partei ist es, diese fehlgeleitete Strategie zu korrigieren, klare Verbesserungen an der Vorlage anzubringen und im Endeffekt das Volk darüber abstimmen zu lassen.

Die BDP hat als erste bürgerliche Partei den Atomausstieg gefordert und wird sich auch 2015 – insbesondere im Wahlkampf – mit aller Kraft für eine geordnete Energiewende einsetzen. Sie tut dies, um den ökologischen Herausforderungen Rechnung zu tragen, aber vor allem auch mit Blick auf die enormen wirtschaftlichen Chancen.

Das Umfeld für die Energiewirtschaft ist derzeit schwierig. Sind die Unternehmen Ihrer Meinung nach fit genug, um die Herausforderungen zu meistern?

Die Unternehmen sind darauf angewiesen, dass die Politik ihnen auf lange Frist verlässliche Rahmenbedingungen bietet. Ist das gewährleistet, können sie die Herausforderungen meistern.

Fortschrittliche Unternehmen haben die Zeichen der Zeit erkannt und investieren in nachhaltige Technologien sowie in erneuerbare Energien, Effizienz und Energiedienstleistungen. Andere haben diese Chance noch nicht erkannt. Diejenigen, die sich auf die Energiewende vorbereiten und diese mitgestalten, sind im Vorteil.

Diese Unternehmen brauchen eine gezielte Unterstützung, dann ist es möglich. Der Strom wird zunehmend unrentabel, und dringend nötige Investitionen sind durch tiefe Strompreise und hohe Elektrizitätszinsen gefährdet. Auch deshalb setzt sich die CVP im Rahmen der Energiestrategie für die Förderung der Wasserkraft ein.

Unternehmen hatten schon immer Herausforderungen zu bestehen. Die grösste Gefahr kommt zurzeit aus der Politik, welche stetig versucht, sich mit Überregulierungen und neuen Vorschriften oder Verboten einzumischen. Dies schadet der Rechts- und Investitionssicherheit und damit dem Wirtschaftsstandort.

Die BDP ist davon überzeugt, dass viele Schweizer Unternehmen die ökologische Herausforderung als ökonomische Chance sehen und packen werden. Die Energiewende wird mehr Gewinner als Verlierer schaffen. Insbesondere für die Schweiz, die immer wieder mit Innovationen glänzt, besteht hier beträchtliches Potenzial.

Welche Vision hat Ihre Partei zur Energieversorgung der Schweiz im Jahr 2050?

Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen entscheiden können, welche Energieversorgung sie wollen. Letzten Endes wird der Markt zeigen, welche Technologien akzeptiert und nachgefragt werden und sich durchsetzen.

Die Energieversorgung ist zu 100 Prozent erneuerbar. Der Umstieg erfolgte im Einklang mit Natur-, Landschafts- und Heimatschutz. Alle Menschen in allen Regionen des Landes haben Zugang zu qualitativ hochstehenden Angeboten. Die Schweiz ist Teil eines nachhaltigen europäischen Energiemarkts.

Wir stellen uns eine schweizerische Energieversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien vor! Energie soll vollständig sauber, sicher und inländisch sein. Wir sehen eine Schweiz ohne Atom- und fossilen Strom und SchweizerInnen, die verantwortungsbewusst mit Strom umgehen.

Die SVP will auch in Zukunft eine günstige, reichlich verfügbare und vom Ausland möglichst unabhängige Stromversorgung. Dies ist mit dem bisherigen Strommix erfüllt. Die Energiestrategie hingegen will dieses gut funktionierende System auf den Kopf stellen – mit unwägbareren Folgen für unser Land.

Dank der konsequenten Förderung erneuerbarer Energien und der hohen Innovationskraft wird die Schweiz nicht mehr auf Atomstrom angewiesen sein und dennoch ihre Versorgungssicherheit gewährleisten. Der Wechsel weg von Subventionen hin zu einem Energielenkungssystem wird dafür von substanzieller Bedeutung sein.